

die Familien der Einwanderer weithin noch an den ehelichen Sitten ihrer Heimat festhalten, und es gibt immerhin allein in New York mehr als 50% Einwohner, die oder deren Eltern im Ausland geboren sind. Die Heiratsstatistik ist deswegen unbrauchbar, weil die Wiederverheiratung Geschiedener eine zu große Rolle spielt; denn in Amerika endet jede dritte Ehe durch Scheidung. Dagegen sind die Konfessionsstatistiken der Wehrmacht eine sichere Grundlage. Im Heer dienten 31% Katholiken, bei der Marine und Luftwaffe noch mehr. Da nun die katholische Bevölkerung sich schneller vermehrt als die übrige, ist natürlich ihr Anteil in den jüngeren Altersklassen höher. Würde man den Prozentsatz der katholischen Soldaten zugrunde legen, käme man auf 44 Millionen, d. h. 31% der Gesamtbevölkerung von 141 Millionen Amerikanern. Geht man aber ganz sicher, dann müssen es wenigstens 40 Millionen Katholiken sein. Daß die offizielle kirchliche Statistik die wirkliche Zahl unterschätzt, wird auch dadurch nahegelegt, daß ihre Angaben in Einzelfällen unter denen anderer unparteiischer Quellen liegen. Der Grund dafür ist klar. Die kirchliche Statistik stützt sich auf die Angaben der Pfarrer, da es in England sowohl wie in Amerika keine amtliche Konfessionsstatistik gibt. Die Pfarrer neigen natürlich aus mancherlei Gründen dazu, nur die praktizierenden Katholiken zu melden. Dafür sind aber diese Meldungen in anderer Beziehung zuverlässig. So geht aus ihnen hervor, daß in Amerika ungefähr 100 000 Personen im Jahr konvertieren, also viermal soviel wie in England.

Die geographische Verteilung der amerikanischen Katholiken ist sehr ungleichmäßig. Am stärksten sind sie in den Neu-England-Staaten im Osten, am wenigsten im Mississippital und in den Südstaaten mit großem Negeranteil vertreten. Von den Städten sind Boston, New Orleans, Providence (Rhode Island), Jersey City, Buffalo stark überwiegend katholisch. Ungefähr zur Hälfte katholisch sind Detroit, Chicago und St. Louis (Mo.), San Franzisko und Baltimore haben 37%, Washington 33%, New York 22%, Los Angeles 16% Katholiken.

Kirche und Medizin

Zu dem Vorwurf, daß die Kirche die Ärzte bevormunde und ihnen medizinische Vorschriften machen wolle, äußert sich ein erprobter amerikanischer Gynäkologe, Dr. Joseph McGoldrick. (Homiletic and Pastoral Review — Februar 1948). Was die Ärzte von der Kirche wünschen und erhalten, sagt er, das sind nicht medizinische Weisheiten, sondern ethische Wahrheiten, die sie sich im Gewissen aneignen möchten. Es könne keine Frage sein, daß der ärztliche Beruf, genau so wie das Rechts- und Geschäftsleben, die Moral tangiert und daß eine gute Moral für eine gute Ausübung der Heilkunst von hoher Bedeutung ist. In seinem Spezialgebiet seien die gynäkologischen Methoden verbessert worden, je mehr man einer leichtfertigen Schwangerschaftsunterbrechung abgeneigt wurde. In einer der größten New Yorker Kliniken mit 3000 Fällen im Jahr sei die Frage: „Retten wir die Mutter oder das Kind?“ in den letzten 20 Jahren kein aufregendes Problem gewesen. Die Notwendigkeit eines Abortus aus medizinischer Indikation sei höchst selten gegeben. Nach einer Untersuchung im „American Journal of Obstetrics and Gynecology“, die sich auf 67 000 Fälle bezieht, habe es auf je 16 700 Fälle nur einen therapeutischen Abortus gegeben. Die fortschreitende Erkenntnis und die ver-

mehrte Sorgfalt der Behandlung sei dabei, die vorgeblich so überzeugenden Gründe für die Schwangerschaftsunterbrechung einen nach dem andern als haltlos zu erweisen.

Ökumenische Nachrichten

Der Heilige Stuhl über ökumenische Gespräche

Die päpstliche Kongregation des Heiligen Offiziums veröffentlichte am 15. Juni in lateinischer Sprache die

nachfolgende Mahnung:

„Nachdem festgestellt worden ist, daß an verschiedenen Orten entgegen den Vorschriften des kanonischen Rechtes und ohne vorherige Erlaubnis des Heiligen Stuhles gemischte Zusammenkünfte zwischen Nichtkatholiken und Katholiken, stattgefunden haben, bei denen Fragen, die den Glauben betreffen, behandelt wurden, wird allen in Erinnerung gebracht, daß es gemäß Kanon 1325 Par. 3 sowohl Laien wie Klerikern, und zwar ebenso Welt- wie Ordensgeistlichen, verboten ist, solchen Zusammenkünften ohne die vorher erwähnte Erlaubnis beizuwohnen. Noch weniger ist es den Katholiken gestattet, derartige Kongresse einzuberufen und zu organisieren.

Deshalb mögen die Bischöfe darauf dringen, daß diese Vorschriften genau von allen beobachtet werden. Dies gilt noch aus triftigerem Grunde für sogenannte 'ökumenische' Versammlungen, an denen Katholiken, seien es Laien oder Geistliche, ohne vorherige Bewilligung des Heiligen Stuhles in keiner Weise teilnehmen können. Da aber sowohl bei den vorerwähnten Zusammenkünften, wie auch außerhalb derselben, Handlungen eines gemischten Kultus nicht selten vorgenommen worden sind, werden von neuem alle daran gemahnt, daß eine *communicatio in sacris* (d. i. aktive Teilnahme oder Mitwirkung am Gottesdienst der Akatholiken, sowie die Spendung von Sakramenten an Haeretiker oder Schismatiker) durchaus gemäß der Norm der Canones 1258 und 731 Par. 2 verboten ist.“

Die angezogenen Canones lauten in deutscher Übersetzung folgendermaßen:

Canon 1325, § 3

Die Katholiken sollen sich hüten, mit Nichtkatholiken Streitgespräche oder Aussprachen, besonders öffentliche, zu führen, ohne daß sie dazu die Erlaubnis des Heiligen Stuhles haben, wenn der Fall dringend ist, des Diözesanbischofs haben.

Canon 1258

§ 1. *Es ist den Gläubigen nicht gestattet, gottesdienstlichen Feiern von Nichtkatholiken in irgend einer Weise aktiv beizuwohnen oder an ihnen mitzuwirken.*

§ 2. *Geduldet werden kann bei schwerwiegendem Grunde, der im Zweifelsfall vom Bischof zu billigen ist, die passive oder rein äußerliche Teilnahme wegen staatsbürgerlicher Verpflichtungen oder Ehrung an Bestattungen, Hochzeiten oder ähnlichen Feiern von Nichtkatholiken, falls die Gefahr der Verwirrung oder des Ärgernisses vermieden wird.*

Canon 731, § 2

Es ist verboten, die Sakramente der Kirche Haeretikern oder Schismatikern zu reichen, auch wenn sie diese, in gutem Glauben irrend, begehren, es sei denn, sie sind zuvor durch Lossagung von den Irrtümern mit der Kirche wieder ausgesöhnt.

Zu diesem Dekret des Hl. Offiziums äußerte sich am 6. Juni ein deutscher Sprecher im Vatikanischen Sender. Das Dekret hat, wie er sagte, nur das bestehende Kirchenrecht in Erinnerung gerufen und bestätigt und geht nicht darüber hinaus. Zur Begründung für seine Veröffentlichung im gegenwärtigen Augenblick wies er auf den „Wildwuchs“ hin, der sich am Rande der Una-Sancta-Bewegung gezeigt habe und neustens tief in ihre Mitte vorgedrungen sei. Er erinnerte an einen Fall aus der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, wo ein deutscher, zum Protestantismus übergetretener katholischer Priester auf einer Tagung ein Hochamt mit Kommuniongang der anwesenden katholischen Priester und Ordensleute gehalten habe. Ähnliche Dinge hätten sich in den letzten Jahren in Deutschland wiederholt. Zum Beispiel habe vor nicht langer Zeit ein Treffen stattgefunden, in dessen Verlauf an aufeinander folgenden Tagen katholische, evangelische und orthodoxe Gottesdienste in einer katholischen Kirche gehalten worden seien. In einem andern Fall hätten ebenfalls in einer katholischen Kirche gleichzeitig an drei verschiedenen Altären Gottesdienste der drei Konfessionen stattgefunden. Das mögen extreme Fälle sein, sagte der Sprecher, aber nicht selten sind andere Fälle, wo gemeinsame Gottesdienste mit irgend einem gemeinsamen Gebets- oder Unterweisungsprogramm abgehalten werden.

Dieser Abirrung eng verwandt, fuhr der Sprecher fort, sei die Ansicht, die bekannte Katholiken aus der Una-Sancta-Bewegung zuweilen geäußert hätten, daß die nicht-katholischen Bekenntnisse in der Lage wären, einen wertvollen und wesentlichen inhaltlichen Beitrag zu der ersehnten einen, heiligen, katholischen Kirche zu leisten, daß sie etwas beisteuerten, dessen die katholische Kirche ermangelte oder das sie verloren hätte. Die katholische Kirche kann unmöglich sachlicher Ergänzungen von außen bedürfen, das hieße ihren göttlichen Stifter der übernatürlich institutionellen Unvollkommenheit zeihen. Ferner habe die Una-Sancta-Bewegung viel zu sehr die Persönlichkeit Martin Luthers in den Mittelpunkt gestellt und zwar auf Kosten der geschichtlichen Wahrheit wie auch auf Kosten einer abgewogenen gerechten Beurteilung der katholischen Kirche selbst.

Der Katholik weiß, daß Christus nur eine Kirche gestiftet hat, daß also nur eine den Anspruch erheben kann, die von Gott gewollte und von Christus eingesetzte Kirche zu sein; und er weiß, daß diese eine Kirche die katholische ist. Wenn sich der Katholik dessen bewußt ist und sich dazu bekennt, so hat das nichts mit Überheblichkeit, Engstirnigkeit oder Intoleranz zu tun, sondern es ist dies einfach ein Stehen zur gottgesetzten Ordnung.

Es sei daher um so wertvoller, wissen und sagen zu können, daß auch ernste, führende Männer der Genfer Ökumene sich über diesen katholischen Standpunkt klar sind und ihn als ehrliche katholische Überzeugung zu würdigen wissen. Diese Männer der Genfer Ökumene verstehen auch, daß die katholische Kirche keine offizielle Vertretung auf Tagungen, wie z. B. den bevorstehenden ökumenischen Kongreß in Amsterdam, entsenden kann.

Der folgende Absatz des Kommentars wurde offenbar hinzugefügt zur Sicherung berechtigter und wünschenswerter ökumenischer Gespräche. Es heißt dort, daß durch das Dekret des Hl. Offiziums religiöse Gespräche im engen oder intimen Kreis nicht berührt sind, wo die Unterschiede zwischen den Bekenntnissen klar auseinandergesetzt und die katholische Haltung gegenüber den

anderen Konfessionen klar erklärt wird. Das geschehe ja auch im Konvertitenunterricht. Das Dekret erhebt auch keinen Einwand gegen die Liebe zu den Menschen außerhalb der Kirche. Im Gegenteil, diese Liebe sollte so sehr betätigt werden, daß die Menschen, die außerhalb der Kirche stehen, den Weg zur Wahrheit finden können. Es liegt auf dieser Linie, daß die katholische Kirche selbst um die Wiedervereinigung aller in dem einen Glauben betet.

In ökumenischen Kreisen hat die Erklärung des Vatikans starkes Aufsehen erregt, besonders da sie so unmittelbar vor der Weltkirchenkonferenz von Amsterdam erlassen wurde. Der Evangelische Pressedienst meldet aus Genf, daß man in den Kreisen des Ökumenischen Rates damit rechne, daß die zwanglosen Treffen von Studiengruppen katholischer und nichtkatholischer Christen, wie sie in den verschiedenen Ländern üblich geworden sind, nicht länger fortgesetzt werden. Offenbar ist also dort der letzte Absatz des von uns wiedergegebenen Kommentars nicht bekannt oder nicht beachtet worden.

Das in Stuttgart erscheinende Evangelische Informationsblatt „Christ und Welt“ kommentiert das Dekret in seiner Nummer vom 20. Juni folgendermaßen:

„Es gibt zweifellos auch heute noch mancherlei Gelegenheiten, bei denen ein Christ danach gefragt ist, ob er katholisch, lutherisch, reformiert oder anderes ist. Er kann sich, gerade wenn er ein aufrichtiger Christ ist, einer klaren Verantwortung nicht entziehen. Zu diesen Gelegenheiten gehören die Gottesdienste und Versammlungen, in denen theologische Themen behandelt werden. Es ist hier in der Tat nicht zu verantworten, interkonfessionell zu sein, wie überhaupt der Interkonfessionalismus keine echte, christliche Lösung des konfessionellen Problems ist. Es gibt aber auch eine große Fülle von Gelegenheiten, bei denen wir nicht danach gefragt werden, ob wir Lutheraner, Katholiken oder Anglikaner sind, sondern nur, ob wir Christen sind. Die soziale Not unserer Tage zum Beispiel fragt uns nicht nach der Konfession, sondern ob wir Christen sind. Der aggressive Atheismus unserer Gegenwart bekämpft auch nicht nur eine Konfession, sondern das Christentum überhaupt. Bei diesen Gelegenheiten haben wir die gemeinsame christliche Verantwortung ohne Vorbehalt und in voller Einmütigkeit zu übernehmen. Diese gemeinchristliche Verantwortung, die sich zum Beispiel in der Zusammenarbeit zwischen dem Hilfswerk der Evangelischen Kirchen und der Caritas ausdrückt oder auch in der gemeinsamen Benutzung gottesdienstlicher Räume, ist uns ein gewisses Zeichen dafür, daß die „Eine Heilige Christenheit“ nicht nur ein frommer Wunsch ist, sondern eine Tatsache — eine Tatsache, die wesentlich mehr bedeutet und eine größere Hoffnung gibt als interkonfessionelle Experimente.“

Ähnlich lautende Ausführungen machte der katholische Erzbischof Masterson von Birmingham auf der katholischen Woche in Hull. Er sagte dort: „Wenn wir also auch nicht mit den Christen der anderen Bekenntnisse in gemeinsamen Gottesdiensten zusammen beten können, so müssen wir doch bei der Behauptung und Durchführung der Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit zusammenwirken. Sollten wir Katholiken nicht versuchen, die christlichen Ideale neu zu beleben und sie im täglichen Leben tatkräftig allen Andersgläubigen und Gottlosen gegenüber zu bewahren, dann ist keine Hoffnung, daß unser Land als nützliches Glied der christlichen Kulturgemeinschaft weiterlebt...“

Angesichts der dauernden Kriegs-
gefahr hat das Exekutivkomitee des
Amerikanischen Kirchenbundes (*Federal
Council of the Churches of Christ
in America*) am 30. April 1948 ein
„konstruktives Friedensprogramm“ entworfen:

„1. Unser Volk darf keine Kriegslust aufkommen lassen. Ein neuer Krieg würde alle ins Elend bringen und Folgen haben, die unseren Absichten entgegenstehen. Ein Präventivkrieg kann nicht als ein annehmbares Mittel für die Beilegung des gegenwärtigen internationalen Konflikts betrachtet werden.

2. Unser Volk sollte jegliche Hysterie und blinden Haß bekämpfen. Eine freie Gesellschaft kann sich nur dann erhalten, wenn ihre Glieder die Selbstbeherrschung haben, die unerlässlich ist, um sich vor dieser Stimmung zu schützen... Wer Einfluß auf die öffentliche Meinung hat, mag glauben, daß eine Sensationsmacherei nötig sei, um das amerikanische Volk in Alarmbereitschaft zu versetzen... In dem Auftreten der Sowjets wie in dem Auftreten unseres eigenen Volkes wird manches deutlich, was schlecht und hassenswert ist. Aber die Verabscheuung des Bösen ist etwas ganz anderes als die Verabscheuung eines Volkes als solchen.

3. Unser Volk sollte den Glauben, der Krieg sei unvermeidlich, verwerfen. Der Krieg ist nicht unvermeidlich. Sollte es wieder zum Kriege kommen, dann wohl nur deshalb, weil die Menschen, obschon sie es gekonnt hätten, gewisse Dinge nicht geändert haben. Es gibt keine Flut, die den Menschen unwiderstehlich ins Verderben reißt. Die Kräfte des Bösen, die am Werke sind, gehen auf Menschen zurück und können daher auch von Menschen gewandelt werden. Wir glauben nicht, daß irgendeine Staatsregierung, weder unsere eigene noch die sowjetische, heute den Krieg will... Es scheint, daß das sowjetische Programm in aggressiver Weise gefährlich werden kann, vor allem dort, wo folgende Bedingungen gegeben sind: wo wirtschaftliche Not herrscht; wo dem werktätigen Volk glaubhaft gemacht werden kann, daß die Diktatur des Proletariats seine besten Hoffnungen auf wachsenden Wohlstand verkörpert; wo Menschen terrorisiert werden können... Wer dem Krieg vorbeugen will, muß die Lebensbedingungen ändern, die dazu angetan sind, die Menschen zu einem rücksichtslosen und gefährlichen Handeln zu verführen.

4. Unser Volk sollte sich in der Abwehr des aggressiven Kommunismus nicht in erster Linie auf die Kriegskunst verlassen. Denn das würde eher den Krieg heraufbeschwören als ihn abwenden... Das amerikanische Volk sollte nicht erlauben, daß die Durchführung der Politik vornehmlich denen überlassen wird, die in erster Linie in militärischen Gesichtspunkten denken, wie es heute der Fall zu sein scheint. Unser Volk und unsere Regierung sollten sich nicht zufriedengeben mit bloßen militärischen Maßnahmen, sondern unablässig um den Ausbau eines wirtschaftlichen, sozialen, politischen und sittlichen Lebensprogrammes bemüht sein...

5. Unser Volk sollte sich mit allen Mitteln für grundsätzliche Pläne konstruktiver Art einsetzen, die unmittelbar in den Dienst von Frieden und Gerechtigkeit treten können. Unser Volk könnte z. B. auf eine stärkere wirtschaftliche Wohlfahrt in aller Welt sowie auf eine wachsende soziale Wohlfahrt, eine stärkere Wahrnehmung

der Menschenrechte gegenüber der Zwangsherrschaft, eine stärkere Auswertung des Mittels der internationalen Verständigung hinarbeiten... Die Vereinigten Staaten müssen die Initiative dafür ergreifen, daß die Konvention der Menschenrechte im Namen der UNO unverzüglich aufgenommen wird... Dann würden die Völker, die sich heute terrorisieren lassen, in hervorragender Weise gestärkt werden... Die Möglichkeiten für ein diplomatisches Gespräch zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sollten offengelassen und ausgenutzt werden... Ebenso sollten die Möglichkeiten des Austausches religiöser, kultureller, wissenschaftlicher und erzieherischer Werte offenbleiben und noch möglichst weit ausgebaut werden...

6. Unser Volk und jedes Glied unseres Volkes sollte dazu beitragen, daß sich diese Stimmung wandelt, damit auf diese Weisen die Chancen der Kriegsabwehr ohne Preisgabe grundlegender Überzeugungen verstärkt werden. Dies ist eine Zeit, in der gebetet werden muß, und zugleich eine Zeit, in der gehandelt werden muß... Das ist eine Aufgabe, an der jeder einzelne einen positiven Anteil haben kann...

7. Unsere Kirchen müssen mit neuer Kraft Zeugnis ablegen von Gottes gerechter Liebe allen Menschen gegenüber und von der Realität der christlichen Weltgemeinschaft... Unsere Kirchen sind ein Bestandteil der weltweiten Gemeinschaft der Christen. Zu einer weltumspannenden Bruderschaft sind sie in unserer Zeit durch die Arbeit der missionarischen Bewegung und durch die Neuentdeckung der Einheit in Christus geworden, die die Christen verschiedener Bekenntnisse untereinander verbindet. Laßt uns stets der großen Gemeinschaft mit unseren Mitchristen in Rußland eingedenk sein... Schon hat Christus vielerorts die trennende Wand in seiner Kirche weggenommen, selbst dort, wo Christen durch die Feindseligkeiten des Krieges auseinandergerissen waren. Wir finden unsere letzte Friedenshoffnung in dem Glauben, daß Gott durch Christus alle Menschen zu sich ziehen und in eine Gemeinschaft miteinander stellen will.“

Gegen dieses Friedensprogramm ist vonseiten des *American Council of Christian Churches*, in dem ungefähr drei Millionen amerikanische Protestanten vereinigt sind, heftig protestiert worden. Der Council of Christian Churches gab folgende Erklärung heraus, die auch dem Präsidenten Truman überreicht wurde:

„Wenn der amerikanische Kirchenbund Abwarten und schwächliche Mittel zur Bewahrung des Friedens empfiehlt, so bedeutet das für Rußland nur Zeit- und Kräftegewinn. Unser Volk sollte gegen eine auf so verführerische Weise im Namen der Kirche vorgebrachte pazifistische und prosozialistische Propaganda, wie sie der Kirchenbund mit seinem Friedensprogramm macht, auf der Hut sein. Der Versuch, die gegenwärtige internationale Krisis als einen Hebel zu gebrauchen, uns von unserer freien Wirtschaft loszulösen, kann nur das zerstören, was Amerika groß gemacht hat und zur Erfüllung der russischen Wünsche in unserem Lande beiträgt. Wir lehnen also das am 30. Juni vom Kirchenbund herausgegebene Friedensprogramm ab, da ihm pazifistische Grundsätze zugrundeliegen, da es uns Rußland in die Hände spielt und da es den Geisteszustand fördert, der auf Beschwichtigung hinausläuft und darauf angelegt ist, Amerika zu einer sozialistischen Ordnung zu führen“.

Auf Veranlassung eines Kreises von Kir henältesten in Barmen fand am 29. und 30. Mai in Barmen eine Laien-

tagung aus allen Kirchengemeinden Deutschlands statt. Die Leitung der Tagung hatte Professor Hammelsbeck und Oberstudiendirektor Dr. Lauffs. Diese Tagung richtete folgendes Wort an die Kirchenversammlung der Evangelischen Kirche in Deutschland:

„I. Die Entwicklung der Evangelischen Kirche seit 1945 erfüllt die auf der Laien tagung in Barmen am 29./30. 5. aus verschiedenen Gebieten Deutschlands versammelten Gemeindeglieder und Pfarrer mit großer Sorge. Wir sehen mit Schmerz: Die der Kirche im Kirchenkampf geschenkte Einheit ist bedroht; eine Trennung von Laien und Pfarrern läßt das Leben in der Kirche verkümmern; der konfessionellen Frage, in der nicht die für die Kirche heute entscheidende Aufgabe gesehen werden kann, wird eine unangemessene Bedeutung beigelegt; aus diesen Gründen gebricht es der Kirche an Vollmacht, die Aufgaben zu lösen, die ihr jetzt von Gott als die dringendsten gestellt sind.

Nach der 3. Barmer These ist die Kirche die Gemeinde von Brüdern, in der Jesus Christus in Wort und Sakrament durch den Heiligen Geist gegenwärtig handelt. Darum trifft uns alle die Schuld, diese Bruderschaft nicht ernst genug genommen zu haben: die Theologen haben weithin die verantwortliche Mitarbeit der Laien an den wesentlichen Aufgaben der Gemeinden nicht gewünscht, nicht genügend gefördert und ausgenutzt; andererseits haben die Laien dieser Entwicklung vielfach tatenlos zugesehen und damit die Theologen in ihrer Arbeit ohne die Anteilnahme der Gemeinde gelassen.

Das bisherige Verfahren, die künftige Gestalt der EKID ohne Mitwissen und Mitwirkung der Gemeinden zu ordnen und das kirchliche Leben wesentlich durch die Träger des geistlichen Amtes zu bestimmen, stellt das biblische und reformatorische allgemeine Priestertum in Frage und droht an die Stelle der Gemeindekirche eine Pastorenkirche zu setzen.

II. Wir erklären: Die um Wort und Sakrament versammelte Gemeinde, die unter einem Herrn steht und kämpft, will und muß unbeschadet ihrer lutherischen, reformierten oder unierten Herkunft in Einheit und Eintracht in einer evangelischen Kirche als der Gemeinschaft der Einzelgemeinden leben. So bezeugt sie unserem Volk die Hoheit des einen Herrn, die Einheit ihres Glaubens, ihrer Liebe und ihrer Hoffnung.

Wir lehnen den in der EKID geführten konfessionellen Streit ab, da er die Einheit der EKID ohne Notwendigkeit zerreißt. Es ist unmöglich, von einer Evangelischen Kirche zu reden und gleichzeitig die Frage der Abendmahlsgemeinschaft dem Belieben kirchenregimentlicher Anordnung zu überlassen. Nach dem biblischen Verständnis von Kirche kann es keine Kirchengemeinschaft ohne Abendmahlsgemeinschaft geben. Die Bruderschaft in Christo schließt auch die Abendmahlsgemeinschaft ein. Wir erklären für diese Gemeinde, deren Glieder im Heiligen Abendmahl den gegenwärtigen Christus empfan-

gen, daß sie bei aller Treue zu dem überkommenen Bekenntnis Streit und Spaltung durch die Diskussion um die konfessionelle Frage rundweg ablehnt.

III. Im einzelnen sind folgende Maßnahmen notwendig:

1. Die Laien sollen sich in stärkerem Maße als bisher für die Arbeit in der Kirche bereit halten und zurüsten.
2. Die Ältesten müssen in gemeinsamen Zusammenkünften mit den Pfarrern innerhalb der Kirchenkreise laufend über alle wichtigen Vorgänge in der Kirche unterrichtet werden.
3. Die verantwortliche Mitarbeit der Laien muß in allen Organen der Kirche durchgeführt werden. Da, wo die bestehenden Kirchenordnungen eine für die brüderliche Leitung der Kirche ausreichende Mitarbeit der Laien nicht vorsehen, muß die Möglichkeit dafür geschaffen werden.
4. Die Ausübung des in der Notzeit der Kirche geschaffenen Amtes des zum Predigtdienst ordinierten Gemeindegliedes muß als Zeichen des Priestertums aller Gläubigen durch die Kirchenordnung rückhaltlos anerkannt und seine Entfaltung nachdrücklich gefördert werden.

IV. Wir erklären uns für die Durchführung dieser Aufgaben mitverantwortlich. Wir werden zur Beratung und Beschlußfassung auch in Zukunft regelmäßig zusammen treten.

**Die
evangelische Kirche
zu den Forderungen
der SMA**

Da Vertreter der sowjetischen Militärregierung in den letzten beiden Jahren wiederholt an Kirchenleitungen und Pfarrer in der Ostzone mit der Aufforderung herangetreten sind, zu politischen Maßnahmen ein unterstützendes Wort zu sagen — so bei der Bodenreform, beim Volkskongreß und neuerdings beim Volksbegehren — haben sich die evangelischen Bischöfe der Ostzone nach einer Meldung des Evangelischen Pressedienstes veranlaßt gesehen, in einem Schreiben an Marschall Sokolowski das Verhalten der Kirche gegenüber der Besatzungsmacht grundsätzlich klarzulegen.

In dem Schreiben heißt es, nach evangelischer Lehre sei der einzelne Christ und damit auch die Kirche verpflichtet, der staatlichen Obrigkeit zu gehorchen, sofern die Anforderungen des Staates nicht wider Gottes Gebot sind. Aber es sei der Kirche verwehrt, sich zu einem ausführenden Organ staatlicher Politik machen zu lassen. Wenn die Kirche zu politischen Fragen das Wort nehme, so könne das nur aus innerer Nötigung vom Evangelium her erwachsen. Die Freiheit der Kirche, zu Maßnahmen des Staates positiv oder negativ Stellung zu nehmen, sei ein unablässbarer Teil der Religionsfreiheit, die die Kirche vom Staat erbitten müsse und die ihr in den Länderverfassungen der sowjetischen Zone feierlich zugesichert worden sei.

Abschließend wird in dem Brief darauf hingewiesen, daß die Evangelische Kirche allen Besatzungsmächten und allen politischen Parteien gegenüber nach diesen Grundsätzen handle.